



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR TRANSPARENCY

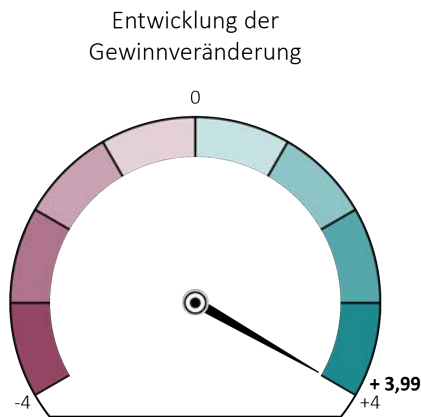
German Business Panel

Betriebswirtschaftliche Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in Deutschland

GBP-Monitor: Unternehmenstrends im November 2021

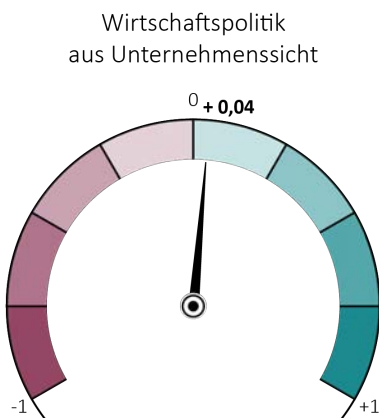
Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“

Die Ergebnisse der GBP-Unternehmenstrends für November auf einen Blick



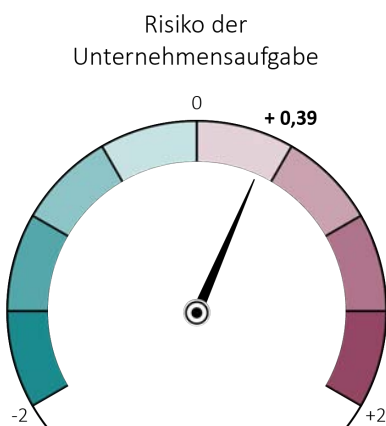
Entwicklung der Gewinnveränderung

Der langanhaltende Rückgang der Unternehmensgewinne während der Pandemie scheint zunächst beendet: Zum ersten Mal seit Ausbruch der Corona-Krise rückt die Gewinnveränderung in den positiven Bereich und steigt von September auf Oktober um **+3,99 Prozentpunkte**.



Wirtschaftspolitik aus Unternehmenssicht

Während die aktuelle Bundesregierung nur noch geschäftsführend im Amt ist, verbleibt die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik beinahe unverändert auf niedrigem Niveau: Die Veränderung beträgt **+0,04 Punkte** im Oktober.



Risiko von Unternehmensschließung

Trotz aktuell steigender Gewinne bleibt die Unsicherheit am Markt, auch angesichts eines zunehmend dynamischeren Pandemieverlaufs, hoch: Die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit steigt im Oktober um **+0,39 Prozentpunkte**.

TEIL I

Aktuelle Daten zur betriebswirtschaftlichen Situation von Unternehmen in Deutschland

Jeden Monat berichten wir in diesem Abschnitt über die aktuellen Daten des GBP zu Unternehmen in Deutschland. Die Darstellung der unternehmerischen Lage umfasst vier feste thematische Schwerpunkte. Sie dienen als zentrale Indikatoren, deren Entwicklung im Zeitverlauf verfolgt und verglichen werden kann:

1. Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen
2. Unternehmerische Entscheidungen
3. Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche
4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik



Die Ergebnisse in Teil I dieses Berichts basieren auf der GBP-Unternehmensstudie aus dem Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Oktober 2021. In diesem Zeitraum wurden mehr als 3.800 vollständig abgeschlossene Interviews geführt und ausgewertet. Die befragten Unternehmen decken mehr als 80 Branchen (Zweistellerebene der WZ2008) ab. Die monatlichen Daten sind anhand der Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Unternehmen hinsichtlich Industriezugehörigkeit und Mitarbeiteranzahl gewichtet, sodass sie der Verteilung der Unternehmen im Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts entsprechen.

Schwerpunkt 1

Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

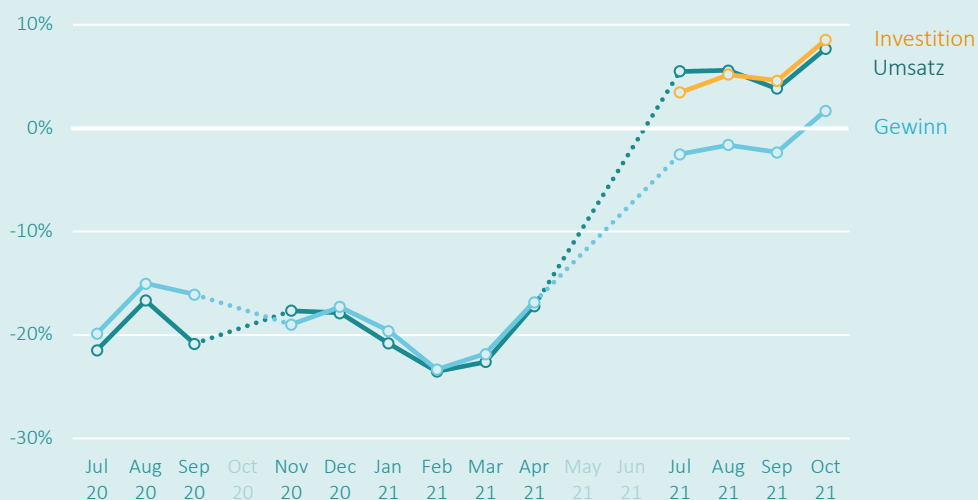
Die betriebswirtschaftliche Situation der Unternehmen hat sich seit dem Frühjahr 2021 – und insbesondere gegenüber dem Tiefstand im Februar – im Mittel deutlich verbessert. Nachdem sich Umsätze und Investitionen zuletzt nicht mehr weiter zu erholen schienen, ist im Oktober 2021 wieder ein deutlicher Anstieg aller Indikatoren (Umsatz, Gewinn, Investition) im Vergleich zum Vormonat zu verzeichnen.

Besonders bemerkenswert ist dabei der Anstieg der Unternehmensgewinne. Obwohl die Gewinnveränderung weiterhin hinter der Umsatzentwicklung zurückbleibt, liegt diese zum ersten Mal seit Ausbruch der Pandemie im positiven Bereich (+1,69 % im Vergleich zum Vorjahresmonat). Der langanhaltende Rückgang der Unternehmensgewinne scheint damit beendet. Probleme durch höhere Kosten aufgrund der aktuellen Energiepreise sowie der anhaltenden Lieferengpässe werden von den Unternehmen offensichtlich mittlerweile aufgefangen.

Tabelle I-1: Die Änderungsrate der Umsätze, Gewinne und Investitionen steigt im Oktober

In % im Vergleich zum Vorjahresmonat	Umsatz- veränderung	Gewinn- veränderung	Investitions- veränderung
Oktober 2021	+7,66 %	+1,69 %	+8,54 %
September 2021	+3,81 %	-2,31 %	+4,60 %
August 2021	+5,59 %	-1,62 %	+5,17 %

Abbildung I-1: Die Gewinnveränderungsrate rückt zum ersten Mal seit Beginn der Corona-Krise in die Wachstumszone



Schwerpunkt 2

Unternehmerische Entscheidungen

Managementindikator

Obwohl die Unternehmensgewinne zum ersten Mal seit Ausbruch der Pandemie wieder wachsen, schlägt sich die lange Phase des wirtschaftlichen Abschwungs im Zuge der Pandemie weiterhin deutlich in den unternehmerischen Entscheidungen nieder: Im Oktober plant nach wie vor ein größerer Anteil an Unternehmen, Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Fixkosten und Ausschüttungen zu reduzieren, anstatt diese zu erhöhen. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Unternehmen unter Berücksichtigung der pandemischen Lage weiterhin bestands- und liquiditätssichernde Maßnahmen ergreifen.

Besonders auffällig in der monatlichen Betrachtung ist die deutlich gesteigerte Tendenz zu Preiserhöhungen: So übersteigt der Anteil an Unternehmen, die Preise erhöhen, den Anteil an preissenkenden Unternehmen im Oktober um 35,1 Punkte (gegenüber 21,9 Punkten im September). Die Preiserhöhungen, verbunden mit den Kostensenkungen, können auch erklären, warum es Unternehmen in dem schwierigen Marktumfeld zuletzt wieder gelang, ihre Gewinne zu steigern.

Tabelle I-2: Der Anteil an Unternehmen, die in den kommenden 12 Monaten Preise erhöhen wollen, steigt deutlich

Entscheidungsplanung (Saldo Erhöhung und Reduzierung)	August 2021	September 2021	Oktober 2021
Forschung und Entwicklung	-34,7	-41,9	-36,8
Fixkosten	-8,7	-9,2	-11,9
Ausschüttungen und Entnahmen	-48,1	-50,8	-45,3
Preise	+19,9	+21,9	+35,1

Ermittlung des Scores: Aus der Anzahl der beabsichtigten Preiserhöhungen und -reduzierungen aller befragten Unternehmen wird der Saldo (prozentual) berechnet. Angaben, die keine Veränderung anzeigen, bleiben hierbei unberücksichtigt.

Schwerpunkt 3

Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche

Indikator für Unternehmenskrisen

Die sich seit dem Frühjahr verbesserte betriebswirtschaftliche Lage einzelner Unternehmen spiegelt sich auch branchenweit in einem deutlichen Rückgang des Anteils an Unternehmen wider, die nach Einschätzung von Wettbewerbern aus derselben Branche innerhalb des kommenden Jahres aus der Geschäftstätigkeit ausscheiden. Während die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit im April 2021 noch 28,8 % betrug, verharrt diese seit Juli auf ähnlichem Niveau: Relativ zum Jahresbestwert, der im September bei 12,3 % lag, steigt die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit im Oktober nur leicht auf 12,7 %.

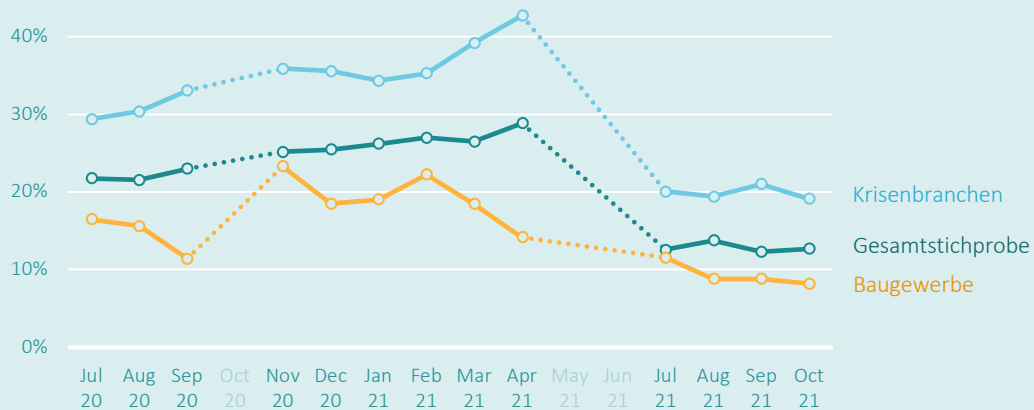
Der Indikator für Unternehmenskrisen weist allerdings weiterhin relevante Unterschiede zwischen den Branchen auf. So liegt die Ausfallwahrscheinlichkeit derjenigen Unternehmen, die von Ladenschließungen im Zuge des Lockdowns vom November und Dezember 2020 betroffen waren, immer noch bei 19,6 %. Demgegenüber gehen die Unternehmen des Baugewerbes durchschnittlich von einer Ausfallrate von nur noch 8,2 % aus. In einzelnen Branchen ist die Lage daher unverändert kritisch.

Tabelle I-3: Der Indikator für Unternehmenskrisen steigt im Oktober leicht

Ausfallwahrscheinlichkeit	Gesamtstichprobe / alle Branchen	Handel	Verarbeitendes Gewerbe	Krisenbranchen*	Baugewerbe
Oktober 2021	12,7 %	14,1 %	12,5 %	19,1 %	8,2 %
September 2021	12,3 %	11,9 %	11,0 %	21,0 %	8,8 %
August 2021	13,8 %	14,0 %	14,4 %	19,4 %	8,8 %

* Zusammenfassung der von den November- und Dezemberschließungen betroffenen Wirtschaftszweige

Abbildung I-3: Die Ausfallwahrscheinlichkeit liegt im Vergleich zum Juli 2021 auf gleichem Niveau



Schwerpunkt 4

Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitischer Index

Die Zufriedenheit von Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik bleibt im Oktober beinahe unverändert auf einem niedrigen Niveau von 4,13 Punkten (auf der 10-Punkte-Skala). Darin schlägt sich nieder, dass die nur noch geschäftsführend tätige Bundesregierung keine wesentlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen mehr trifft und die Vorhaben der voraussichtlich neuen Ampelkoalition noch Teil der Koalitionsverhandlungen sind. Unverändert fällt auch die durchschnittliche Bewertung bei kleinen Unternehmen deutlich schlechter aus als bei mittleren und großen Unternehmen. Welche wirtschaftspolitischen Themen aus Unternehmenssicht von der zukünftigen Regierung besetzt werden sollten, beleuchtet der nachfolgende Abschnitt.

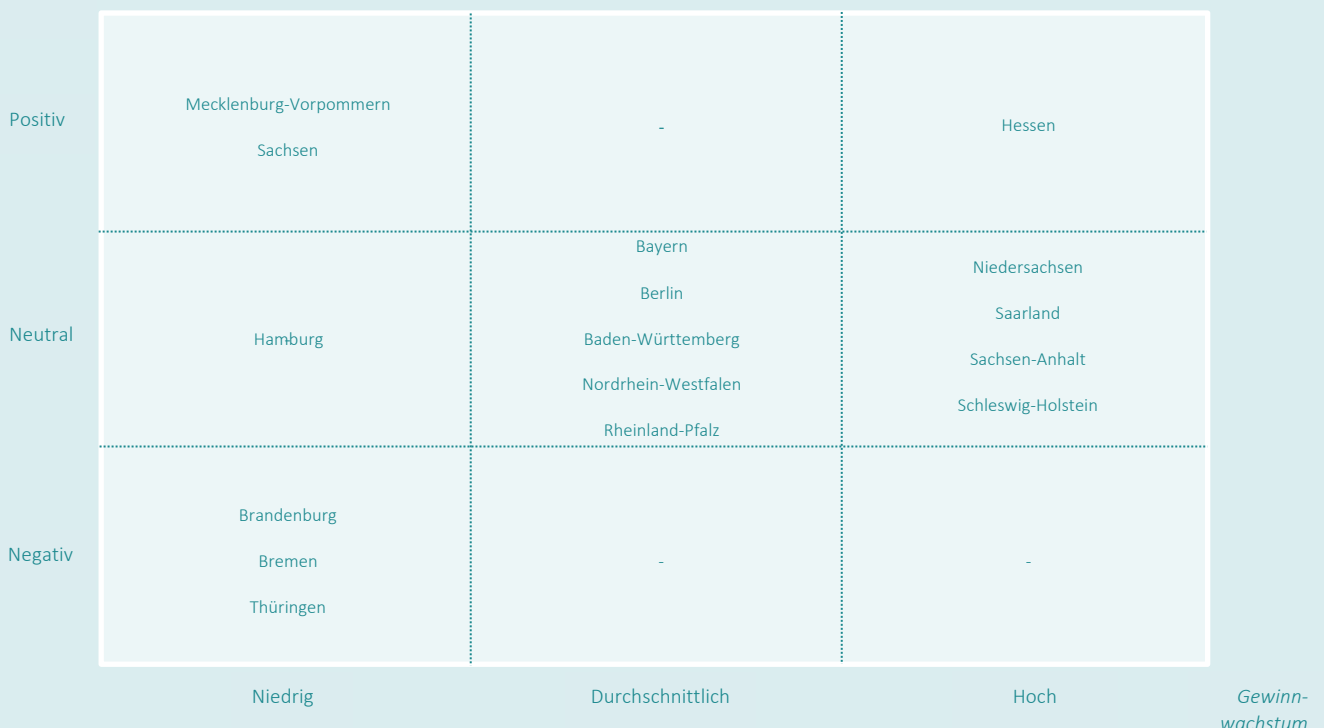
Abbildung I-4 stellt das Verhältnis der wirtschaftlichen Zufriedenheit und des Gewinnwachstums auf Bundesländerebene dar. Den Vergleichsmaßstab der wirtschaftspolitischen Stimmung und der Unternehmensprofitabilität bildet dabei der jeweilige Bundesdurchschnitt im Zeitraum von Juli bis Oktober 2021.

Tabelle I-4: Die wirtschaftspolitische Zufriedenheit steigt im Oktober leicht

Zufriedenheitsindex (0-10)	August 2021	September 2021	Oktober 2021
Sample-Durchschnitt	4,10	4,09	4,13
Kleine Unternehmen	4,07	4,07	4,11
Mittlere und große Unternehmen	4,84	4,83	4,65

Abbildung I-4: Die regionale Aufgliederung zeigt den Zusammenhang zwischen Gewinnveränderungen und der wirtschaftspolitischen Stimmung

Wirtschaftspolitische Stimmung



TEIL II

Während der Koalitionsgespräche: Wirtschaftspolitische Forderungen der Unternehmen

Jeden Monat berichten wir in diesem Abschnitt über Auswertungen der Daten des GBP zu besonders aktuellen Fragen. Nach Abschluss der Bundestagswahl am 26. September zeigen wir in diesem Monat, welche wirtschaftspolitischen Themen aus Unternehmenssicht besonders relevant sind und laut Unternehmern im Rahmen der aktuell geführten Koalitionsgespräche berücksichtigt werden sollten.



Die Ergebnisse in Teil II dieses Berichts basieren primär auf der GBP-Sonderbefragung aus dem Zeitraum vom 18. Oktober bis 5. November 2021. Die Daten sind anhand der Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Unternehmen hinsichtlich Industriezugehörigkeit und Mitarbeiteranzahl gewichtet, sodass sie der Verteilung der Unternehmen des Unternehmensregisters des Statistischen Bundesamts entsprechen.

1. Digitalisierung und Fachkräfte sind wichtiger als Steuersenkungen

Im Rahmen unserer Datenerhebung vom Oktober 2021 haben wir Unternehmer und Manager gebeten, eine Auswahl von wirtschaftspolitischen Themen, die während der aktuell geführten Koalitionsgespräche zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP besonders diskutiert werden, nach ihrer Wichtigkeit zu ordnen. Wie häufig die einzelnen Themen aus Unternehmenssicht auf Rang 1 (= höchste Priorität), 2 und 3 genannt wurden, ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Digitalisierungsmaßnahmen sowie Schritte gegen den sich ausweitenden Arbeits- und Fachkräftemangel von den Unternehmern für wichtiger gehalten werden als potenzielle Steuersenkungen. Diese Befragungsergebnisse unterstreichen, dass es aus Unternehmenssicht einer Digitalisierungsoffensive der nächsten Bundesregierung bedarf. Obwohl der Fachkräftemangel während der Pandemie zuletzt etwas in den Hintergrund der wirtschaftspolitischen Diskussion geraten und aus den Koalitionsgesprächen noch keine Strategie zur Bekämpfung des knappen Angebots an qualifizierten Arbeitskräften ersichtlich ist, zeigt unsere Befragung die Dringlichkeit auch dieses Problems.

Darüber hinaus bekräftigen unsere Ergebnisse das Bedürfnis von Unternehmern nach einer stärkeren Priorisierung des Klimaschutzes im Rahmen der kommenden wirtschaftspolitischen Agenda. Demnach halten beinahe 20 % der befragten Unternehmer die Umsetzung zusätzlicher klimapolitischer Maßnahmen für das dringendste wirtschaftspolitische Thema. Die Ausweitung des Klimaschutzes wird von den Befragten zudem häufiger unter den drei Top-Themen der Wirtschaftspolitik genannt als etwaige Steuersenkungen.

Demgegenüber hat eine Erhöhung des Mindestlohns oder der Abbau von Staatsschulden nur eine geringe Priorität aus Unternehmenssicht: So nennen weniger als 7 % der Befragten eines dieser beiden Themen als wichtigsten wirtschaftspolitischen Agendapunkt.

Tabelle II-1: Wie häufig wird ein wirtschaftspolitisches Thema als Top-1, Top-2 oder Top-3 Priorität genannt?

Wirtschaftspolitisches Thema	Top-1	Top-2		Top-3	
		relativ	kumuliert	relativ	kumuliert
Arbeitskräftemangel	27,4 %	24,0 %	51,4 %	14,8 %	66,2 %
Digitalisierung	26,0 %	30,2 %	56,2 %	20,9 %	77,1 %
Senkung von Steuern	21,3 %	17,7 %	39,0 %	14,8 %	53,8 %
Ausweitung des Klimaschutzes	18,7 %	17,1 %	35,8 %	18,7 %	54,5 %
Erhöhung des Mindestlohns	4,2 %	5,7 %	9,9 %	16,8 %	26,7 %
Abbau von Staatsschulden	2,3 %	5,2 %	6,7 %	14,2 %	21,7 %

2. Gezielte Forderung nach Steuersenkungen nur bei Unternehmen mit hoher Belastung durch die Pandemie

Die sich aktuell erneut verschärfende Corona-Pandemie hat die Störanfälligkeit komplexer Lieferketten verdeutlicht. So führte etwa die ausbleibende Lieferung von Zwischenprodukten zu signifikanten Gewinneinbußen bei einem erheblichen Teil der Unternehmen (39 % der Stichprobe). Gleichzeitig führte beispielsweise die Verpflichtung zum Homeoffice bei etwa 28 % der befragten Unternehmen zu finanziellen Belastungen durch erforderliche Digitalisierungsmaßnahmen. Die nachfolgende Tabelle gibt an, wie oft einzelne wirtschaftspolitische Themen als Top-Priorität betrachtet werden, wenn Unternehmen finanzielle Belastungen durch Lieferkettenprobleme oder durch Digitalisierungsmaßnahmen erfahren haben.

Es zeigt sich, dass gerade Unternehmen, die unter finanziellen Belastungen durch Lieferkettenprobleme leiden, Steuersenkungen besonders stark fordern. Dennoch wird auch innerhalb dieser Gruppe von Unternehmen immer noch häufiger der Arbeitskräftemangel als drängendstes wirtschaftspolitisches Thema genannt.

Demgegenüber führen finanzielle Belastungen durch Digitalisierungsmaßnahmen nicht zu einer gesteigerten Priorisierung von Steuersenkungen. Vielmehr fordern gerade diejenigen Unternehmen, die im Zuge der Pandemie in die Digitalisierung ihrer betrieblichen Prozesse investiert haben, einen Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie eine generelle Digitalisierungsoffensive durch den Bund.

Tabelle II-2: Unterschiede in den Top-1 Prioritäten bei Unternehmen mit finanziellen Belastungen während der Corona-Pandemie

Wirtschaftspolitisches Thema	Gesamt-sample	Belastung durch Lieferkettenprobleme	Belastung durch Digitalisierungsprobleme
Arbeitskräftemangel	27,4 %	30,1 %	22,8 %
Digitalisierung	26,0 %	18,7 %	42,2 %
Senkung von Steuern	21,3 %	29,4 %	17,4 %
Ausweitung des Klimaschutzes	18,7 %	18,6 %	14,5 %
Erhöhung des Mindestlohns	4,2 %	0,6 %	2,0 %
Abbau von Staatsschulden	2,3 %	2,5 %	1,1 %

Die Ergebnisse in diesem Dokument basieren auf den Auswertungen der Corona-Befragung des German Business Panel. Sie werden fortlaufend erweitert und aktualisiert. Weitere Informationen: www.gbpanel.org

Die methodischen und inhaltlichen Grundlagen der Studie finden Sie in unserem Working Paper:
The German Business Panel: Insights on corporate taxation and accounting during the COVID-19 pandemic
<https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3777306>

Autoren

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget
unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Johannes Gaul, Vincent Giese, Christopher Karlsson, Yuhan Liu & Thomas Simon

Universität Mannheim

German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.

Leitung des German Business Panel:

Principal Investigators

wissenschaftliche Projektleitung:



Prof. Dr. Jannis Bischof
Universität Mannheim
jbischof@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Dirk Simons
Universität Mannheim
simons@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Johannes Voget
Universität Mannheim
voget@uni-mannheim.de

Research Fellow

wissenschaftliche Begleitung:



Prof. Dr. Philipp Dörrenberg
Universität Mannheim
doerrenberg@uni-mannheim.de

Scientific Project Manager

wissenschaftliches Konzept- und Projektmanagement:



Dr. Davud Rostam-Afschar
Universität Mannheim
rostam-afschar@uni-mannheim.de

www.gbpanel.org | gbpinfo@mail.uni-mannheim.de

TRR 266 Accounting for Transparency



Der TRR 266 Accounting for Transparency ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderter überregionaler Sonderforschungsbereich.

Unser Team von engagierten Forschenden untersucht, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Ziel ist es, eine wirksame Regulierung für Unternehmenstransparenz und ein transparentes Steuersystem zu entwickeln. In unserer eigenen Forschung gewährleisten wir die Transparenz ebenfalls.

Am TRR 266 sind mehr als 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt von den Hauptstandorten: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, der Frankfurt School of Finance & Management, der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der WHU- Otto Beisheim School of Management und der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

www.accounting-for-transparency.de | trr266@mail.uni-paderborn.de



GERMAN BUSINESS PANEL

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR TRANSPARENCY

www.accounting-for-transparency.de

Projekt C01: www.gbpanel.org

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Collaborative Research Center (SFB/TRR) Project-ID 403041268 – TRR 266 Accounting for Transparency